

It is with appreciation that I note your renewed assurance that, although the present circumstances prevent the Government in Denmark for the time being from exercising its powers in respect of Greenland, your Government fully recognizes the Sovereignty of the Kingdom of Denmark over the island. At the same time I wish to convey to you my feelings of gratitude for the expression of friendly concern of your Government and its earnest hope for the complete and speedy liberation of Denmark.

I share your view that the proposed agreement, arrived at after an open and friendly exchange of views, is, under the singularly unusual circumstances, the best measure to assure both Greenland's present safety and the future of the island under Danish sovereignty.

Furthermore, I am of the opinion that the terms of the agreement protect, as far as possible, the interests of the native population of Greenland whose welfare traditionally has been the paramount aim of Denmark's policy in Greenland.

I, therefore, shall accept and sign the agreement as proposed, acting on behalf of His Majesty, the King of Denmark, in His capacity of Sovereign over Greenland, whose authorities in Greenland have concurred herein.

I avail myself of this opportunity to renew to you, Mr. Secretary of State, the assurances of my highest consideration.

HENRIK KAUFFMANN

The Honorable

CORDELL HULL,

*Secretary of State,*

*Department of State, Washington D. C.*

## **Dokumente betreffend die Aufhebung des Bundes zwischen Dänemark und Island, die Wahl eines isländischen Reichsverwesers und die Besetzung Islands durch Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika <sup>1)</sup>**

### **1. Amtliche Mitteilung des isländischen Geschäftsträgers in Kopenhagen vom 20. Mai 1941 über die Beschlüsse des isländischen Altings vom 17. Mai 1941 über die Aufhebung des Bundes zwischen Dänemark und Island <sup>2)</sup>**

»Das Alting hat am 17. dieses Monats einstimmig folgende beiden Beschlüsse gefaßt:

1. Das Alting beschließt bekanntzugeben, daß es der Anschauung ist, daß Island das Recht zur endgültigen Aufhebung des Bundes mit Dänemark erworben hat, da Island selbst schon die Wahrnehmung aller Angelegenheiten des Reiches in Anbetracht dessen hat übernehmen müssen, daß Dänemark nicht imstande gewesen ist, die Geschäfte zu führen, deren Wahr-

<sup>1)</sup> Über die Beschlüsse des isländischen Altings vom 10. April 1940 und die Besetzung Islands durch britische Truppen vgl. den Bericht von Bloch in dieser Zeitschrift Bd. X, S. 804ff.

<sup>2)</sup> Berlingske Tidende vom 21. 5. 1941. Übersetzung des Instituts.

nehmung für Island es in dem Bundesabkommen zwischen Island und Dänemark vom Jahre 1918 übernommen hat,

daß Island nicht die Absicht hat, das Bundesabkommen mit Dänemark zu erneuern, selbst wenn es zur Zeit auf Grund der herrschenden Verhältnisse es nicht für richtig hält, den Bund der Form noch ganz aufzuheben und Bestimmung über eine neue Staatsordnung zu treffen, was jedoch nicht länger als bis zur Beendigung des Krieges ausgesetzt werden darf.

2. Das Alting beschließt, als sein Ziel bekannt zu geben, daß Island Republik wird, sobald der Bund mit Dänemark der Form nach aufgehoben wird.«

## 2. Beschluß des isländischen Altings über die Wahl eines Reichsverwesers vom 17. Mai 1941

»Altingsbeschluß über die höchste Macht in Angelegenheiten des Staates<sup>1)</sup>

Das Alting beschließt, einen Reichsverweser für jeweils ein Jahr zu wählen, welcher die Macht ausüben soll, die dem Ministerium Islands durch den Altingsbeschluß vom 10. April 1940 über die höchste Macht in Angelegenheiten des Staates übertragen wurde.«

## 3. Dänisch-isländischer Notenwechsel anlässlich der Beschlüsse des isländischen Altings vom 17. Mai 1941 über die Aufhebung des Bundes zwischen Dänemark und Island

a) Note des dänischen Ministerpräsidenten an den isländischen Geschäftsträger in Kopenhagen vom 31. Mai 1941<sup>2)</sup>

»Herr Geschäftsträger!

Hiermit habe ich die Ehre, den Empfang der Mitteilung zu bestätigen, die Sie mir auf Veranlassung Ihrer Regierung am 20. ds. Mts. über zwei vom isländischen Alting angenommene Beschlüsse betreffend die Aufhebung des Bundes zwischen Dänemark und Island übermittelt haben, indem ich mir erlaube, Sie zu ersuchen, der isländischen Regierung folgendes mitteilen zu wollen:

Die dänische Regierung entbehrt nicht des Verständnisses für die durch die vorliegenden Verhältnisse bedingten Schwierigkeiten, die diese Beschlüsse verursacht haben können, findet es aber doch beklagenswert, daß das Alting im gegenwärtigen Zeitpunkt gemeint hat, seine Ansicht in Bezug auf dieses die beiden Staaten berührende Rechtsverhältnis in dieser Weise bekanntgeben zu müssen.

Die dänische Regierung, die indessen mit Befriedigung die Äußerung vermerkt hat, daß Island es zur Zeit nicht für richtig hält, Maßnahmen zur Einleitung der Aufhebung des Bundes zu treffen, nimmt die empfangene Mitteilung zur Kenntnis als eine Ankündigung dessen, daß die isländische Regierung bei Abschluß des Krieges eine Verhandlung aufzunehmen gedenkt, indem die dänische Regierung erklärt, daß sie, sobald die Verhältnisse es zulassen, ihrerseits bereit sein wird, auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes und unter voller Berücksichtigung der Wünsche des isländischen Volkes in Verhandlungen einzutreten.

<sup>1)</sup> Nach amtlicher Mitteilung. Übersetzung des Instituts.

<sup>2)</sup> Nach der amtlichen Mitteilung des dänischen Staatsministeriums vom 5. 6. 1941: Berlingske Tidende vom 6. 6. 1941. Übersetzung des Instituts.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.«

b) Note des isländischen Geschäftsträgers in Kopenhagen an den dänischen Ministerpräsidenten vom 27. Juni 1941<sup>1)</sup>

»Herr Staatsminister!

Wie Ihnen, Herr Staatsminister, von hier durch Schreiben vom 4. ds. Mts. mitgeteilt wurde, hat die Gesandtschaft die isländische Regierung auf telegraphischem Wege von Ihrem Schreiben vom 31. v. Mts., Herr Staatsminister, in Kenntnis gesetzt, das die Äußerungen der dänischen Regierung anlässlich von zwei Altingsbeschlüssen vom 17. v. Mts. über den Bund zwischen Dänemark und Island enthielt.

Von der isländischen Regierung ist die Gesandtschaft jetzt durch Telegramm vom 23. ds. Mts. ersucht worden, Ihnen, Herr Staatsminister, folgendes mitzuteilen:

‘Die isländische Regierung anerkennt und schätzt den Verständigungswillen der dänischen Regierung. Ohne eine Diskussion eröffnen zu wollen, die unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen als unmöglich angesehen werden muß, glaubt die Regierung, doch folgendes hervorheben zu sollen: Der Zeitpunkt ist genau derjenige, den das Bundesgesetz für die Bekanntgabe von Zukunftsplänen voraussetzt, über die, ebenso wie über ihre Vorbringung sofort zu Beginn des Jahres 1941, isländischerseits 1928 und 1937 Altingsbeschlüsse ergangen sind. Die Regierung würde es beklagen, wenn die Annahme der Beschlüsse im gegenwärtigen Zeitpunkt als mangelnde Rücksichtnahme aufgefaßt würde, was den Gedanken des Altings und der Regierung fern liegt. Im übrigen wird auf die durch die Altingsbeschlüsse bekanntgegebenen Anschauungen und Beschlüsse verwiesen, die Richtlinien für die isländische Regierung angeben.’

Indem ich die Ehre habe, Ihnen, Herr Staatsminister, das Obenstehende mitzuteilen, bitte ich Sie, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung entgegen zu nehmen.

Jon Krabbe.«

**4. Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika an den Kongreß vom 7. Juli 1941, enthaltend die isländisch-amerikanische Abmachung über die Verwendung von Streitkräften der Vereinigten Staaten auf Island<sup>2)</sup>**

TO THE CONGRESS OF THE UNITED STATES:

I am transmitting herewith for the information of the Congress a message I received from the Prime Minister of Iceland on July first and the reply I addressed on the same day to the Prime Minister of Iceland in response to this message.

In accordance with the understanding so reached, forces of the United States Navy have today arrived in Iceland in order to supplement, and eventually to replace, the British forces which have until now been stationed in Iceland in order to insure the adequate defense of that country.

<sup>1)</sup> Nach der amtlichen Mitteilung des dänischen Staatsministeriums vom 3. 7. 1941: Berlingske Tidende vom 3. 7. 1941. Übersetzung des Instituts.

<sup>2)</sup> The Department of State Bulletin Vol. V, Nr. 107, p. 15ff.

As I stated in my message to the Congress of September third last regarding the acquisition of certain naval and air bases from Great Britain in exchange for certain over-age destroyers, considerations of safety from overseas attack are fundamental.

The United States cannot permit the occupation by Germany of strategic outposts in the Atlantic to be used as air or naval bases for eventual attack against the Western Hemisphere. We have no desire to see any change in the present sovereignty of those regions. Assurance that such outposts in our defense-frontier remain in friendly hands is the very foundation of our national security and of the national security of every one of the independent nations of the New World.

For the same reason substantial forces of the United States have now been sent to the bases acquired last year from Great Britain in Trinidad and in British Guiana in the south in order to forestall any pincers movement undertaken by Germany against the Western Hemisphere. It is essential that Germany should not be able successfully to employ such tactics through sudden seizure of strategic points in the south Atlantic and in the north Atlantic.

The occupation of Iceland by Germany would constitute a serious threat in three dimensions:

The threat against Greenland and the northern portion of the North American Continent, including the Islands which lie off it.

The threat against all shipping in the north Atlantic.

The threat against the steady flow of munitions to Britain — which is a matter of broad policy clearly approved by the Congress.

It is, therefore, imperative that the approaches between the Americas and those strategic outposts, the safety of which this country regards as essential to its national security, and which it must therefore defend, shall remain open and free from all hostile activity or threat thereof.

As Commander-in-Chief I have consequently issued orders to the Navy that all necessary steps be taken to insure the safety of communications in the approaches between Iceland and the United States, as well as on the seas between the United States and all other strategic outposts.

This Government will insure the adequate defense of Iceland with full recognition of the independence of Iceland as a sovereign state.

In my message to the Prime Minister of Iceland I have given the people of Iceland the assurance that the American forces sent there would in no way interfere with the internal and domestic affairs of that country, and that immediately upon the termination of the present international emergency all American forces will be at once withdrawn, leaving the people of Iceland and their Government in full and sovereign control of their own territory.

FRANKLIN D ROOSEVELT

THE WHITE HOUSE,

July 7, 1941.

*Message sent by the Prime Minister of Iceland to the President of the United States*

In a conversation of June 24th, the British Minister explained that British forces in Iceland are required elsewhere. At the same time he stressed the immense importance of adequate defense of Iceland. He also called my attention to the declaration of the President of the United States to the effect that he must take all necessary measures to ensure the safety of the Western

8\*

Hemisphere—one of the President's measures is to assist in the defense of Iceland—and that the President is therefore prepared to send here immediately United States troops to supplement and eventually to replace the British force here. But that he does not consider that he can take this course except at the invitation of the Iceland Government.

After careful consideration of all the circumstances the Iceland Government, in view of the present state of affairs, admit that this measure is in accordance with the interest of Iceland, and therefore are ready to entrust the protection of Iceland to United States on the following conditions:

1. United States promise to withdraw all their military forces land, air and sea from Iceland immediately on conclusion of present war.
2. United States further promise to recognize the absolute independence and sovereignty of Iceland and to exercise their best efforts with those powers which will negotiate the peace treaty at the conclusion of the present war in order that such treaty shall likewise recognize the absolute independence and sovereignty of Iceland.
3. United States promise not to interfere with Government of Iceland neither while their armed forces remain in this country nor afterwards.
4. United States promise to organize the defense of the country in such a way as to ensure the greatest possible safety for the inhabitants themselves and assure that they suffer minimum disturbance from military activities; these activities being carried out in consultation with Iceland authorities as far as possible. Also because of small population of Iceland and consequent danger to nation from presence of a numerous army, great care must be taken that only picked troops are sent here. Military authorities should be also instructed to keep in mind that Icelanders have been unarmed for centuries and are entirely unaccustomed to military discipline and conduct of troops towards the inhabitants of the country should be ordered accordingly.
5. United States undertake defense of the country without expense to Iceland and promise compensation for all damage occasioned to the inhabitants by their military activities.
6. United States promise to further interests of Iceland in every way in their power, including that of supplying the country with sufficient necessities, of securing necessary shipping to and from the country and of making in other respects favorable commercial and trade agreements with it.
7. Iceland Government expects that declaration made by President in this connection will be in agreement with these promises on the part of Iceland, and Government would much appreciate its being given the opportunity of being cognizant with wording of this declaration before it is published.
8. On the part of Iceland it is considered obvious that if United States undertake defense of the country it must be strong enough to meet every eventuality and particularly in the beginning it is expected that as far as possible effort will be made to prevent any special danger in connection with changeover. Iceland Government lays special stress on there being sufficient airplanes for defensive purposes wherever they are required and they can be used as soon as decision is made for United States to undertake the defense of the country.

This decision is made on the part of Iceland as an absolutely free and sovereign state and it is considered as a matter of course that United States will from the beginning recognize this legal status of the country, both states immediately exchanging diplomatic representatives.

*Message sent by the President of the United States in response to a message from the Prime Minister of Iceland*

I have received your message in which you have informed me that after careful consideration of all the circumstances, the Iceland Government, in view of the present state of affairs, admits that the sending to Iceland of United States troops to supplement and eventually to replace the present British forces there would be in accordance with the interests of Iceland and that, therefore, the Iceland Government is ready to entrust the protection of Iceland to the United States on the following considerations:

1. United States promise to withdraw all their military forces land, air and sea from Iceland immediately on conclusion of present war.
2. United States further promise to recognize the absolute independence and sovereignty of Iceland and to exercise their best efforts with those powers which will negotiate the peace treaty at the conclusion of the present war in order that such treaty shall likewise recognize the absolute independence and sovereignty of Iceland.
3. United States promise not to interfere with Government of Iceland neither while their armed forces remain in this country nor afterwards.
4. United States promise to organize the defense of the country in such a way as to ensure the greatest possible safety for the inhabitants themselves and assure that they suffer minimum disturbance from military activities; these activities being carried out in consultation with Iceland authorities as far as possible. Also because of small population of Iceland and consequent danger to nation from presence of a numerous army, great care must be taken that only picked troops are sent here. Military authorities should be also instructed to keep in mind that Icelanders have been unarmed for centuries and are entirely unaccustomed to military discipline and conduct of troops towards the inhabitants of the country should be ordered accordingly.
5. United States undertake defense of the country without expense to Iceland and promise compensation for all damage occasioned to the inhabitants by their military activities.
6. United States promise to further interests of Iceland in every way in their power, including that of supplying the country with sufficient necessities, of securing necessary shipping to and from the country and of making in other respects favorable commercial and trade agreements with it.
7. Iceland Government expect that declaration made by President in this connection will be in agreement with these promises on the part of Iceland, and Government would much appreciate its being given the opportunity of being cognizant with wording of this declaration before it is published.
8. On the part of Iceland it is considered obvious that if United States undertake defense of the country it must be strong enough to meet every eventuality and particularly in the beginning it is expected that as far as possible efforts will be made to prevent any special danger in connection with change-over. Iceland Government lays special stress on there being sufficient airplanes for defensive purposes wherever they are required and they can be used as soon as decision is made for United States to undertake the defense of the country.

You further state that this decision is made on the part of Iceland as an absolutely free and sovereign state and that it is considered as a matter of course that the United States will from the beginning recognize the legal

status of Iceland, both states immediately exchanging diplomatic representatives.

I take pleasure in confirming to you hereby that the conditions set forth in your communication now under acknowledgment are fully acceptable to the Government of the United States and that these conditions will be observed in the relations between the United States and Iceland. I may further say that it will give me pleasure to request of the Congress its agreement in order that diplomatic representatives may be exchanged between our two countries.

It is the announced policy of the Government of the United States to undertake to join with the other nations of the Western Hemisphere in the defense of the New World against any attempt at aggression. In the opinion of this Government, it is imperative that the integrity and independence of Iceland should be preserved because of the fact that any occupation of Iceland by a power whose only too clearly apparent plans for world conquest include the domination of the peoples of the New World would at once directly menace the security of the entire Western Hemisphere.

It is for that reason that in response to your message, the Government of the United States will send immediately troops to supplement and eventually to replace the British forces now there.

The steps so taken by the Government of the United States are taken in full recognition of the sovereignty and independence of Iceland and with the clear understanding that American military or naval forces sent to Iceland will in no wise interfere in the slightest degree with the internal and domestic affairs of the Icelandic people; and with the further understanding that immediately upon the termination of the present international emergency, all such military and naval forces will be at once withdrawn leaving the people of Iceland and their Government in full sovereign control of their own territory.

The people of Iceland hold a proud position among the democracies of the world, with a historic tradition of freedom and of individual liberty which is more than a thousand years old. It is, therefore, all the more appropriate that in response to your message, the Government of the United States, while undertaking this defensive measure for the preservation of the independence and security of the democracies of the New World should at the same time be afforded the privilege of cooperating in this manner with your Government in the defense of the historic democracy of Iceland.

I am communicating this message, for their information, to the Governments of all of the other nations of the Western Hemisphere<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Über die Altingsverhandlungen über die Abmachung berichtet der Korrespondent der Times aus Reykjavik am 11. Juli 1941: »The Althing has approved the landing of American forces in the following resolution, passed by 39 votes to three, the dissentients being Communists: —

“The Althing sanctions the agreement which the Government has made with the President of the United States of North America to the effect that the United States shall be entrusted with the armed protection of Iceland.”

The Prime Minister explained that as British troops were required elsewhere, and as the United States was prepared to undertake the defence of the island, if Iceland wished it, the Government, taking into consideration the strategic importance of Iceland and the necessity for a strong defence, had made the request. By the agreements with the United States and Great Britain, the independence of Iceland was recognized; her status was improved by the change from occupation by a belligerent to defence at her own invitation

**5. Erklärung des dänischen Ministerpräsidenten Stauning über Island im Folketing vom 22. August 1941<sup>1)</sup>**

»Seitdem ich am 4. Juli 1940 Gelegenheit hatte, hier vor dem Folketing eine Erklärung über unser Bundesland Island abzugeben, hat der Krieg sich in gewaltigem Maße entwickelt, und auf politischem Gebiet sind Ereignisse von größter Reichweite für sozusagen alle Länder Europas eingetreten. Auch Island ist von der Entwicklung der letzten Zeit berührt worden, und es wird sicherlich als natürlich empfunden werden, daß ich wiederum einige Worte über die Verhältnisse in unserem Bruderland sage.

Was die Beziehungen zwischen Dänemark und Island anlangt, so hat bekanntlich das isländische Alting am 17. Mai dieses Jahres zwei Beschlüsse zu der Frage des Bundesvertrages mit Dänemark und zu der künftigen isländischen Staatsform angenommen. Diese Altingsbeschlüsse, die sofort nach ihrer Annahme der Öffentlichkeit durch offizielle Verlautbarungen in der Presse zur Kenntnis gebracht wurden, gaben Veranlassung zu einem Notenwechsel zwischen der dänischen und der isländischen Regierung. Auch diese Noten, die zwischen mir und dem hiesigen isländischen Geschäftsträger ausgetauscht wurden, wurden durch die Presse in ihrem vollen Wortlaut der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Diese ganze Sache ist daher hinreichend bekannt, und ich kann mich hier auf den Hinweis beschränken, daß der Meinungs austausch, der auf diese Weise zwischen den Regierungen der beiden Bundesländer stattfand, auf jeder Seite von vollem Verständnis für die Schwierigkeiten des anderen Teils und von dem Geist der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit getragen war, der seit Annahme des Bundesgesetzes die dänisch-isländischen Beziehungen geprägt hat.

Dänischerseits erklärten wir uns dazu bereit, sobald die Verhältnisse es zuließen, auf der Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes und unter voller Berücksichtigung der Wünsche des isländischen Volkes in Verhandlungen über das Bundesabkommen einzutreten. Von isländischer Seite gab man seiner Anerkennung und Wertschätzung des Verständigungswillens der dänischen Regierung Ausdruck, indem man gleichzeitig auf die Altingsbeschlüsse als Richtlinien der isländischen Regierung hinwies.

Gleichzeitig mit den oben erwähnten Altingsbeschlüssen faßte das Alting einen besonderen Beschluß über die Wahl eines Reichsverwesers zur Ausübung der normalerweise dem König zustehenden Befugnisse. Diese Befugnisse waren, wie Sie sich erinnern, sofort nach dem 9. April 1940 provisorisch dem isländischen Ministerium übertragen worden, eine Maßnahme, die dänischerseits nur als etwas nach den Umständen Natürliches aufgefaßt werden konnte.

Das, was nun jüngst geschehen ist, geht weiter, da die königlichen Be-

by a non-belligerent. The Prime Minister spoke in praise of the conduct of the British troops, and asked that the American forces should be given a courteous reception.

The Minister of Labour denied that the agreement with the United States affected the neutrality of Iceland as the United States was non-belligerent. He also emphasized the importance of the recognition by two great Powers of Iceland's independence and sovereignty. These Powers, he said, had promised to use their influence to ensure the recognition of this status in the peace treaty at the conclusion of the war.« (Times vom 12. 7. 1941).

<sup>1)</sup> Folketingets Forhandlinger 1941, Sp. 2522 ff. Übersetzung des Instituts.



fugnisse nun in die Hände eines Mannes, eines Reichsverwesers, gelegt sind, statt wie bisher von einem kollegialen Organ ausgeübt zu werden.

Es ist jedoch verständlich, daß eine solche Regelung unter administrativen Gesichtspunkten gewisse Vorteile bietet, und wir sind berechtigt, davon auszugehen, daß mit dieser Neuordnung, die ja wie die bisherige nur ein Provisorium darstellt, keine anderen als rein praktische Ziele verfolgt werden. Zum Reichsverweser ist für ein Jahr der frühere isländische Gesandte in Kopenhagen, Herr Sveinn Björnsson, gewählt worden, der bei Übernahme des neuen Amtes in warmen und anerkennenden Worten Seiner Majestät König Christian X. huldigte und in Wendungen, die von aufrichtigen Freundschaftsgefühlen zeugten, den Gefühlen der Sympathie und Zuneigung Ausdruck gab, die die isländische Nation gegenüber ihrem Bruderland Dänemark beiseelen. Ich will diese Gelegenheit gern benutzen, um von dieser Stätte aus zu sagen, daß ein solches Zeugnis der Zusammengehörigkeit der beiden Bruderländer von uns Dänen sehr hoch geschätzt und von Herzen erwidert wird.

In bezug auf die Besetzung Islands ist Anfang Juli eine grundsätzliche Änderung eingetreten, indem die Regelung getroffen wurde, die Besetzung von den Vereinigten Staaten von Amerika übernehmen zu lassen.

Die ersten Nachrichten hierüber mußte man zunächst in der Weise verstehen, daß die englischen Besatzungstruppen in dem Umfang zurückgezogen werden sollten, wie die amerikanischen eintrafen. Es scheint jedoch in dieser Richtung einige Unklarheit zu bestehen; es liegen Meldungen vor, die einander offensichtlich widersprechen. Faktisch stehen nach den vorliegenden Informationen heute sowohl britische wie amerikanische Truppen in dem neutralen Island.

Man erinnert sich, daß die isländische Regierung seinerzeit, nachdem das Land durch England besetzt war, einen energischen Protest dagegen einlegte. Es wurde in diesem Protest auf die offizielle Erklärung der isländischen Regierung vom 11. April 1940 hingewiesen, in der es hieß, daß Island weder fähig noch willens sei, an irgendeiner Allianz teilzunehmen und gegen alle Maßnahmen protestieren würde, die gegen Islands erklärte Neutralität verstießen. Die Erklärung darüber, daß Island stets neutral bleiben wolle, wurde von der isländischen Regierung im Jahre 1918 abgegeben und gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes von Dänemark den ausländischen Mächten notifiziert.

Der Umstand, daß die Übernahme der militärischen Besetzung Islands durch die Vereinigten Staaten auf einem Abkommen zwischen der isländischen und amerikanischen Regierung beruht, berechtigt keineswegs zu der Annahme, daß Island den Wunsch gehabt hätte, den für das Land fundamentalen Standpunkt der immerwährenden neutralen Stellung aufzugeben oder prinzipiell zu ändern, einen Standpunkt, der zuletzt in der oben erwähnten isländischen Regierungserklärung vom 11. April 1940 Ausdruck gefunden hat.

In diesem Zusammenhang muß man sich auch der Verlautbarung erinnern, die die isländische Regierung am 14. Januar 1941 anlässlich einiger amerikanischer Pressemeldungen veröffentlichte, nach denen die amerikanische Regierung die Absicht haben sollte, auf amerikanischen Schiffen Kriegsmaterial nach Island zu bringen, um es dort in englische Schiffe umzuladen.

Es ging aus der erwähnten Verlautbarung hervor, daß die isländische Regierung, die sich offenbar durch diese Pressemeldungen unangenehm berührt fühlte, ihrem Generalkonsul in New York Anweisungen in dieser Angelegenheit erteilt, und daß der Generalkonsul, nachdem er einen Schritt

bei der amerikanischen Regierung unternommen hatte, berichtet hatte, daß die Gerüchte jeder Grundlage entbehrten.

Es wurde in der hier besprochenen Verlautbarung von der isländischen Regierung hinzugefügt, daß der Generalkonsul in New York selbstverständlich seine Aufmerksamkeit darauf richten würde, inwieweit die Frage von Kriegsmaterialtransporten über Island wieder auftauchen würde, um darüber sofort an die isländische Regierung zu berichten. Die Verlautbarung ließ keinen Zweifel daran, daß es die feste Absicht der isländischen Regierung war, zu vermeiden und sich dagegen zu wehren, daß Island als Umladeplatz für Kriegsmaterial benutzt würde. Sie kann als ein Ausdruck für das Festhalten Islands an der Neutralitätspolitik gewertet werden.

Ebensowenig wie man von isländischer Seite die englische Besetzung wünschte, ebensowenig kann man annehmen, daß bei der isländischen Regierung irgendein Wunsch bestanden hätte, diese Besetzung durch eine amerikanische abgelöst zu sehen.

Über den ganzen Hintergrund der getroffenen Neuregelung haben wir hier in Dänemark aus natürlichen Gründen nur sehr sparsame Informationen erhalten können. Für Island müssen zweifellos schwerwiegende Gründe vorgelegen haben, die wir von hier aus schwer würdigen können, aber es ist wohl nicht unberechtigt zu vermuten, daß Island in Wirklichkeit in eine Zwangslage gebracht wurde, so daß die isländische Regierung praktisch keinerlei Wahl hatte. Es scheint mir, daß der neue Zustand der Dinge in unserem Bundesland Veranlassung zu einiger Bekümmernis geben kann, denn die Nachrichten, die über die Besetzung des Landes durch amerikanische Truppen vorliegen, scheinen weite Perspektiven zu eröffnen und leider auch Möglichkeiten dafür einzuschließen, daß Island in größerem Umfange und in einer unmittelbaren Weise als bisher in kriegerische Verwicklungen hineingezogen und eine Figur in dem hochpolitischen Spiel wird, bei dem keine Sicherheit dafür besteht, daß die Rücksicht auf Islands eigene Wünsche und Interessen das Entscheidende sein wird.

Die vorliegenden Meldungen besagen, daß starke amerikanische Streitkräfte ins Land gebracht und daß an verschiedenen Plätzen desselben Flotten- und Flugzeugstützpunkte großen Formats angelegt werden. Man bezweckt damit u. a., Möglichkeiten zu schaffen, um Island als Umladeplatz für amerikanische Kriegsmaterialtransporte zu benutzen.

Die amerikanische Besetzung, die die Schifffahrtsroute von den Vereinigten Staaten nach Großbritannien für dessen Versorgung mit Kriegsmaterial sichern soll, wird wahrscheinlich die Anwesenheit bedeutender Flottenstreitkräfte in einem Gebiet zur Voraussetzung haben, das von deutscher Seite zum Sperrgebiet erklärt ist. Kriegshandlungen in den Gewässern um Island, die zum Sperrgebiet gehören, oder auf Island selbst sind daher nicht unwahrscheinlich. Die Übernahme der militärischen Besetzung Islands durch die Vereinigten Staaten muß vom dänischen und europäischen Gesichtspunkt in hohem Maße beklagt werden, selbst wenn in dem getroffenen Abkommen klar vorausgesetzt ist, daß die amerikanischen Streitkräfte jeder Art unmittelbar nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges zurückgezogen werden sollen.

Island gehört zum Norden und dadurch zu Europa. Von dieser unbestreitbaren Tatsache ausgehend will ich gern an dieser Stätte meine Überzeugung aussprechen, daß die historische Entwicklung die feierlichen Verpflichtungen der amerikanischen Regierung bestätigt wird.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir hier in Dänemark volles Verständnis dafür haben, daß Island in der gegenwärtigen gewaltigen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten keine Möglichkeit gehabt hat, die erfolgte Entwicklung zu hindern, und wir wissen, daß das isländische Volk sich niemals freiwillig zum Vorteil von Interessen ausnutzen lassen wird, die nicht seine eigenen sind oder nicht mit den uralten Traditionen des Landes als eines nordischen Staates übereinstimmen. Zeugnis hierfür sind die isländischen Manifestationen über die Zugehörigkeit zum Norden, die wir mit großer Freude verzeichnet haben.

Mit der größten Sympathie für unser Brudervolk und mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen wir in Dänemark die Ereignisse, die das Interessengebiet dieses nordischen Landes berühren, und wir nähren die sichere Gewißheit, daß Island in der gegenwärtigen schwierigen Situation seine durch gemeinsame Geschichte begründete Zugehörigkeit zu dem dänischen und den übrigen nordischen Völkern, und damit zu Europa, nicht aus den Augen verlieren wird.«

## **Dokumente über die Bildung des Unabhängigen Staates Kroatien**

### **1. Aufruf an das Kroatische Volk vom 10. April 1941<sup>1)</sup>**

Kroatisches Volk!

Die göttliche Vorsehung und der Wille unseres Verbündeten, sowie der mühselige jahrhundertelange Kampf des kroatischen Volkes und die große Aufopferung unseres Poglavnik Dr. Ante Pavelić und der Bewegung der Ustaša im Lande und in der Fremde haben bestimmt, daß heute, am Vortage der Auferstehung des Sohnes Gottes, auch unser Unabhängiger Kroatischer Staat aufersteht.

Ich fordere alle Kroaten, wo immer sie auch sein mögen, insbesondere alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der gesamten Wehrmacht und des öffentlichen Sicherheitsdienstes auf, die vollkommene Ordnung aufrechtzuerhalten und unverzüglich dem Wehrmachtskommando in Agram ihren jetzigen Aufenthaltsort mitzuteilen. Die gesamte Wehrmacht hat sofort den Treueid auf den Unabhängigen Staat Kroatien und seinen Poglavnik abzulegen. Als Bevollmächtigter des Poglavnik habe ich heute die gesamte Macht und die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht übernommen.

Gott und die Kroaten! Für das Vaterland bereit!

Agram, am 10. April 1941.

Der Stellvertreter des Poglavnik,  
Befehlshaber der gesamten Wehrmacht:  
*Slavko Kvaternik, e. h.*

### **2. Anerkennung des Unabhängigen Staates Kroatien**

a) Deutsches Reich

*Telegramm des Führers vom 15. April 1941<sup>2)</sup>*

Dr. Ante Pavelitsch, Agram

Ich danke Ihnen für Ihr Telegramm und für das Telegramm des Generals Kvaternik, in dem Sie mir gemäß dem Willen des kroatischen Volkes die Pro-

<sup>1)</sup> Narodne Novine 105. Jg., Nr. 1, S. 1. Übersetzung des Instituts.

<sup>2)</sup> Völkischer Beobachter vom 16. 4. 1941.